

Anmerkungen zur Ökonomie und Demokratie im Corona- und Wahljahr 2021

Steuert unsere Republik die Form einer DDR II an?
Eine Selbstvergewisserung zum Mitlesen

von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Textreihe 172 / Abschluss Mai 2021

Die BRD ist demokratiefeindlich! Schlussfolgerungen.

Text 172.0

oooooooooooooooooooooooooooo

Weitere Texte zum Hauptthema

- Text 172.1 Der Verrückte in den Dünen und die Folgen für mich als Leser.
- Text 172.2 Die Einschätzung des Ist-Zustandes der Bundesrepublik Deutschen:
- Text 172.3 Das Vorwort von Die Natürliche Wirtschaftsordnung von **Silvio Gesell** und die Bewertung durch **John Maynard Keynes** in seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Sozialdarwinismus in der NWO? Beiträge von Wera Wendnagel, Josef Hüwe und TA?
- Text 172.4 *Demokratie und Menschenrechte* von Karl Walker, 1947, 104 Seiten.
Gedanken über Bedingungen einer Demokratie im Schatten der Diktatur.
- Text 172.5 *Die Herrschaft der Experten – Technokratie statt Demokratie* von Heinz Hartmut Vogel, Text zur Neuauflage seines Buches *Jenseits von Macht und Anarchie*, 1963. Wiedergegeben werden zusätzlich 3 Seiten Inhaltsangaben. Hinweise auf die Bücher der Brüder Lothar und Dieter Vogel.
- Text 172.6 Mein Schriftwechsel mit dem verstorbenen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer (Siehe Fußnote im Text 172.1 Seite 40)

Hinweise: Text 2.0 Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zu Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Text 6.0 **Darauf kommt es an!** Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus Tristan Abromeit, 12.1989
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf>

Die Hinführung zum Thema

Kürzlich haben meine Frau und ich uns draußen mit Corona-Abständen mit Katrin Schuh über das Verhältnis von Architektur zur Demokratie, Feiern und Feste unterhalten. Ich muss dazu sagen, dass **Katrin Schuh** über das Thema *Architektur als Kultur* promoviert hat. Es ging aber in unserem Gespräch nicht so sehr um den Ausdruck der Feste und Feiern in der Architektur und auch nicht um die Denkmale für die gefallenen Helden, die ja den Deutschen eher etwas Peinliches sind, als um einen Anlass über den Wahnsinn, den sie symbolisieren, nachzudenken.



Uns war einfach die Frage gekommen: Wo und wie drückt sich bei uns die Demokratie in der Architektur aus? Keinem von uns dreien sprudelten die Beispiele heraus. Hinterher habe ich überlegt, warum mir der Reichstag und die Landtage nicht eingefallen sind. Ich vermute heute, dass ich diese Institutionen unbewusst als Brüche in der deutschen Geschichte und Orte des Verrates der Demokratie in meinem Gedächtnis abgelegt habe. Ich habe in dem Gespräch noch gesagt, dass die Demokratie auch bei uns ihren Ausdruck finden würde, wenn wir sie eingeführt hätten.

Mir war eine Fernsehdokumentation über eine Rundreise mit dem Schiff in der Ostsee eingefallen, in dem kurz die Befreiung von Estland, Lettland und Litauen von der Sowjetunion angesprochen wurden. Ich wusste nicht mehr, ob es Estland oder Lettland war, die zur Demonstration ihrer Eigenständigkeit eine Menschenkette an der Grenze zu Russland gebildet hatten und ein Singen in einer beeindruckten Masse in einem Stadion als Zeichen ihrer Selbständigkeit und Einigkeit veranstaltet haben. Ich habe dann nur bedauernd gedacht, dass wir Deutschen zu solch einem Akt der Einigkeit und Einheit in dem Umfang nicht mehr in der Lage sind. Ich vermute stark, dass uns diese Fähigkeit durch den Schuldkult, den wir mit der entgegengesetzten als erwarteter Wirkung betreiben, abhanden gekommen ist.¹

Ich habe in dem Text 172.2 aus den „Lebenserinnerungen“ von Rudolf Eucken – Nobelpreisträger für Literatur – zitiert. Ich möchte ihn hier noch ergänzen. Ich zitiere den Anfang aus dem Kapitel „Erweiterung meines Wirkens über Deutschland hinaus.“

Daß ich im Auslande verhältnismäßig mehr Anerkennung fand als in Deutschland, das hatte einen guten Grund. Ich habe mich stets als einen guten Deutschen gefühlt, und ich habe auch im Auslande dem Recht der deutschen Sprache nicht das mindeste vergeben, aber mein Hauptproblem war übernational, es erstreckte sich über alle Völker und Kulturkreise. Es galt, das gegenwärtige Leben von einer starken Unwahrhaftigkeit zu befreien, an der es leidet, und eine innere Erhöhung, ja Umwälzung des menschlichen Lebensstandes zu fördern: dafür aber fand ich mehr Wärme und mehr Unbefangenheit bei verschiedenen auswärtigen Völkern als in Deutschland.

Auf die Unwahrhaftigkeit, die Rudolf Eucken 1921 im Jahr der Herausgabe des Buches

¹ Ich habe im Netz nachgeschaut: Der Vorgang mit dem Singen ist hier nachzulesen.
https://de.wikipedia.org/wiki/Singende_Revolution

auch schon empfand und die sich bis heute nicht aufgelöst hat, will ich nur in soweit eingehen, wie es mir in meinen Überlegungen zur Verfassung erforderlich scheint. Ich beziehe mich hier an dieser Stelle in dem Zitat von Rudolf Eucken auf den Halbsatz „Ich habe mich stets als einen guten Deutschen gefühlt, ...“. Dass ich, der auf das Ende des neunten Lebensjahrzehntes zu marschiert, nicht einmal das Gefühl haben konnte, ein guter Deutscher zu sein, ist eine Nebensächlichkeit. Aber das, was Rudolf Eucken ausspricht kommt in den Zitaten von dem jüdischen Heimkehrer aus dem Exil, Ludwig Freund, den ich an anderer Stelle zitiert habe, auch zum Ausdruck. Und das hat fatale Folgen für unsere Gesellschaft. Hinzu kommt, dass die Politik der heutigen Demokraten, die bei genauer Betrachtung keine sind, dafür gesorgt hat, dass sich die Deutschen nicht mehr in ihrer Haut wohlfühlen. Jedes Mal, wenn Deutsche in den Spiegel schauen, schaut ihnen - nach der vermittelten Geschichte und den gewerteten Reden der Repräsentanten - ein böser Deutscher entgegen. Das trifft vor allem auf die Deutschen zu, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurden oder kurz nach dem Krieg das Licht der Welt erblickt haben. Aber dieses Gefühl pflanzt sich auf die folgenden Generationen fort. Die Ursachen liegen in der unehrlichen Aufarbeitung des Unterganges der Weimarer Republik und den unehrlichen Antworten auf die Frage, wie den Deutschen das Unglück des NS-Komplexes passieren konnte. Die Erhebung der Schuld der Deutschen zu einer Staatsreligion, die Brechung des Versprechens, dass wir eine Demokratie bekommen sollten und uns stattdessen eine Parteienherrschaft verpasst wurde, wirken ebenfalls negativ. Statt die Mündigkeit der Bürger zu entwickeln, wurden und werden sie immer mehr Gegenstand von Verwaltungsakten. Der begonnene Wahlkampf macht deutlich, dass wir die grundgesetzlich gar nicht vorgesehene Parteienherrschaft überwinden müssen, wenn wir die Demokratie retten wollen. Da die Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft kein bewusster und gewollter Prozess ist, hat es auch keinen Sinn, die Bürger in Pro- und Kontra-Parteienherrschaft-Kämpfer zu spalten und aufeinander zu hetzen. Uns hat schon lange vor der Corona-Pandemie eine geistige Pandemie erwischt, die durch Verirrungen im westlichen Denken ihre Ursache, und in jedem Land eine spezielle Ausformung hat. Wir können diese geistige Pandemie nicht mit den Fäusten bekämpfen und wir können in den Apotheken dagegen keine Pillen kaufen. Jedes Land muss erst einmal vor der eigenen Tür kehren, dann wird auch Europa und die Welt eine Behausung, in der sich die Menschen wohlfühlen. Um diesem Ziel näherzukommen, müssen wir unsere Köpfe anstrengen und dürfen uns nicht von dem Bild der Tretmühle abschrecken lassen, in die wir dann hineintreten, weil uns das Streben nach einer besseren Gesellschaft (auch der Weltgesellschaft) wie ein ewiger Prozess vorkommt, bei dem sich die Bemühenden bei den minimalen Fortschritten vorkommen als stünden sie auf der Stelle. Das vorrangige Ziel ist, zu erreichen, dass nicht weitere Bürger innerlich aus unsere Gesellschaft aus- und in die Gewalt einsteigen. Das kann begrenzt schon gelingen, wenn es gelingt, ein Klima des politischen Fortschritts zu schaffen und das unbewusste Ziel einer DDR II mit den westdeutsch geprägten Blockparteien als neue SED gegen ein besseres auszuwechseln.

Ich wiederhole auch in diesem Teil meines Textes: Es geht mir hier nicht um eine Diffamierung der Repräsentanten unseres Staates und der vielen Bürger, die sich in Parteien abrackern, sondern um den Versuch, die Deutschen auf eine kollektive politische Verirrung, aufmerksam zu machen. Da aber der Begriff Verirrung ja voraussetzt, dass das Ziel noch klar ist, ist hier der Begriff Verwirrung angebrachter. Denn ein klares gemeinsames Ziel der Deutschen von heute ist nicht zu erkennen.

Es geht bei meinen Bemühungen auch nicht darum, ob ich mit all meinen Anmerkungen recht habe, sondern darum, dass **die Politik** nicht länger den Politikern und **die Verfas-**

sung nicht länger den Verfassungsrechtlern überlassen werden kann. Wenigstens 5 bis 10 % der Deutschen müssten sich in einer Revision des Ist-Bestandes unserer „Demokratie“ einfinden, damit eine wirkliche Demokratie möglich wird und wir nicht in dem ökonomisch verursachten politischen Sumpf landen, in der der erste Versuch, eine Demokratie einzurichten, gescheitert ist und dadurch eine Sehnsucht nach einem Führer ausgelöst hat, der das Volk rettet und diese Erwartungen gegenteiligen Sinn erfüllt hat. Fatalerweise knüpft die Rolle der Spitzenkandidaten der im Wettbewerb stehen Parteien an das Modell oder die Rolle des Führers bzw. der Führerin an. Es ist ein Grund, sich der Wahl zu enthalten oder aktiv gegen dieses Rollenverständnis anzukämpfen. Auch kleine Mächtetern-Führer können große gesellschaftliche Unglücke auslösen. Auch dass die Wähler seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer nur die Wahl hatten das kleinere Übel zu wählen, hat gegen die Demokratie gewirkt. Denn in der Summe sind die kleinen Übel eben ein großes Übel.

Dass ich mich hier so äußern darf, leite ich von meinem Selbstverständnis als Demokrat ab. Dieses Recht wird mir aber auch vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages (dessen Unterschrift ich nicht lesen kann) im Februar 1958 in einer Ausgabe des Grundgesetzes und der „Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung“ bescheinigt. Es heißt dort u.a.:

In der in diesen Verfassungen verankerten Staatsform der Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Jeder einzelne sollte erkennen, wie er als Träger dieser Staatsgewalt mitverantwortlich ist für das politische Leben und die politische Entwicklung Deutschlands.

Peinlich ist für das hohe Haus, den Niedersächsischen Landtag, nur, dass seine Mitglieder die Demokratie verraten haben, indem sie die „vorläufige Niedersächsische Verfassung, ohne die Bürger zu fragen, mit leichten Umformulierungen zu der dauerhaften Verfassung der Niedersachsen erklärt haben. Von einem Schuldbewusstsein der Parlamentarier konnte man im Vereinigungsprozess und danach nichts feststellen. Warum sollen die Bürger, die unzufrieden mit dem Ergebnis der Politik sind und keine Möglichkeit sehen, dem aus ihrer Sicht vorhandenen Übel gegenzusteuern, sich dann nicht innerlich von diesem Modell, das nicht den Erwartungen entspricht, die einst geweckt wurden, verabschieden?

Die Frage ist, wie kommen wir mit Gewinn aus dieser Situation heraus?

Mein Vorschlag: Ein erster Schritt ist, den verfassungsrechtlichen Holzweg zu verlassen und die Wende zu wagen.

Eine Organisation der Kommunikation von vielen Teilnehmern auf der Suche nach einer neuen Verfassung dürfte mithilfe des Netzes nicht unmöglich sein. Im ersten Schritt kann das Mitwirkungsrecht für jeden gelten, der von sich glaubt, etwas Sinnvolles zu den Störfeldern und den verdeckten Entwicklungsmöglichkeiten unserer Gesellschaft zu sagen hat. In unzähligen Foren und Arbeitsgruppen kann die Offenlegung der Störfelder und Entwicklungsmöglichkeiten geschehen. In Deutschland war man in der Lage den Holocaust – also den Tod - zu organisieren, nun müssen wir zeigen, dass wir im Hinblick auf eine Verfassung für die Zukunft der Deutschen in der Lage sind, auch die Erreichung positive Ziele – also das Leben - zu organisieren. Dass hier die europäische und weltweite Dimension des Vorhabens mit bedacht werden muss, versteht sich im Jahr 2021 wohl von

selbst.

1. Stufe Klärung der Ist-Bestände an gesellschaftlichen Problemen und Entwicklungsmöglichkeiten

In dieser ersten Stufe dürfen keine inhaltlichen Vorgaben gemacht werden und Widersprüche nicht durch Kompromisse verdeckt werden. Es sollten auch keine Themen unterdrückt oder gemieden werden, die als Nebensächlich eingestuft werden könnten. Die Ergebnisse sollte jederzeit von außen einsehbar, aber nicht von außen diskutierbar sein. Diskussionen zwischen den Foren (Gruppen) sollten auf gesonderten Plattformen möglich sein. Für Ergebnisvergleiche wäre eine einheitliche Gliederung nützlich. Diese darf aber nicht zum Ausschluss von Themen führen. Hier muss jede Gruppe für sich entscheiden, ob sie in der Zentralisation oder in der Dezentralisation die Ursache oder die Lösung eines Problems sieht oder in zu viel oder zu wenig Staat. Auf dieser Vorstufe kann auch die Erwachsenenbildung mit örtlich oder überörtlich gezielten Angeboten behilflich sein.

2. Stufe: konkurrierende Suche nach einer möglichen Verfassung

Auch hier sollte es keine inhaltlichen Einschränkungen geben, denn wir wollen ja als Demokraten uns auf den Weg zu einer tragfähigen Verfassung machen und da können wir nicht Gesellschaftsmitglieder ausschließen, die Vorstellungen von ihr haben, die mit großer Wahrscheinlichkeit keine Mehrheit finden. Und für die Annahme der Verfassung sollte eine genügend hohe qualifizierte Mehrheit erforderlich sein.

Klar sollte aber sein, dass eine Verfassung kein Parteiprogramm ist, sondern nur das beinhalten soll, was alle Bürger betrifft. Verfassungsdiskussionen können leicht zu nichts als Frust führen, wenn in ihnen unverträgliche Elemente vereinigt werden sollen. Daher sollten Kategorien von Verfassungsformen angeboten werden, in denen sich die teilnehmenden Personen und Gruppen einsortieren können. Die wesentlichsten Merkmale der Verfassung sind durch ihre Ausrichtung auf die Zentralisation und damit größtmögliche Ausdehnung des Staates und der Dezentralisation und damit auf die Reduzierung des Staates auf das notwendige Minimum gegeben. Mehrheitsabstimmungen aller Bürger sind im ausgeformten Zentralstaat letztlich nur im Sinne der Selbstentmündigung möglich und in einer dezentralen Ordnung auf die jeweilige Ordnungsebene beschränkt, auf der etwas entschieden werden soll. Bei der Bildung von Verfassungskategorien sollte eine grade Zahl gewählt werden, damit eine eindeutige Tendenz zur Zentralisation oder zur Dezentralisation sichtbar bleibt.

Da die Demokratie von der Herrschaft des Volkes ausgeht, schließt sie logisch ein, dass das Volk sich auch autoritäre Regierungsformen wählen kann. Die Vermeidung dieser Möglichkeit liegt nicht darin, dass das Werben für diese Möglichkeit ausgeschlossen wird, sondern darin, dass sie keine Chance hat, mit besseren Formen konkurrieren zu können. Ein Ausschluss totalitärer Formen würde das Bessere anderer Formen aber nicht sichtbar machen. Auch bei der Suche nach der neuen Verfassung ist die Wahlfreiheit des Volkes (zum 1. mal bei uns) das oberste Gebot. Hier sollte nach dem Prinzip der Stufenwahl im ersten Wahlgang zwischen sich deutlich unterscheidenden Entwürfen abgestimmt werden und der Entwurf zur Endabstimmung kommen, der vorher die meiste Zustimmung bekommen hat.

Als besondere Schwerpunkte dürften sich herausbilden a) Die Gewaltenteilung und ihre Ergänzungen; b) Die Systeme der Bildung und sozialen Absicherung; c) die Ökologie

und Ökonomie (und hier gesondert die Gemeinschaftswährung) d) Europa, die Binnenwanderung und Zuwanderung; e) die nichtmilitärische Verteidigung, das Militär und die Bündnisse.

Auf dieser Stufe ist natürlich auch sinnvoll aktuell geltende Verfassungen und die Literatur zur Entwicklung der Demokratie nach individuellem Vermögen zu studieren. Auch hier können die Volkshochschulen ihre Leistungsfähigkeit zeigen. Die Medien berichten laufend über die Arbeit der beteiligten Gruppen.

Die Gruppen jeder Verfassungskategorie fassen die Ergebnisse ihre Findungsarbeit zu einer Fassung zusammen, die der Verfassungsgebenden Versammlung als nicht bindende Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt wird.

3. Stufe: Auswahl der Kandidaten und Mitglieder des Verfassungskonvents, Wahl seiner Mitglieder und Abstimmung des Ergebnisses

Die Aktiven aus der Suchphase erhalten das Recht nach einem zu vereinbaren Schlüssel Kandidaten für eine Verfassungskonvent zu benennen. Aus diesem Kandidatenpool wählt die Gesamtheit der Wähler die Mitglieder des Verfassungskonvents. Dieser erarbeitet eine neue Verfassung über die anschließend zustimmend oder ablehnend von allen Wählern, die sich an der Wahl beteiligen, abgestimmt wird.

Schlussbemerkung zum Thema neue (besser erstmalige) Verfassung der Deutschen

Ich vermute, dass jede Stufe zur Erlangung einer neuen Verfassung bei der angesteuerten großen Beteiligung von Bürgern wenigstens 1 Jahr an Zeit beanspruchen wird. Man kann einwenden, dass das ein aufwendiges Verfahren ist. Wenn wir überhaupt als Gesellschaft überleben und uns auch noch als Demokraten verstehen wollen, dann müssen wir uns diese Arbeit zumuten. Die Demokratie ist bisher nur als Oktroy (Anweisung) zu uns gekommen. Wenn wir die Verfassung aus eigenem Willen die unsrige nennen wollen, dann müssen wir sie uns erarbeiten. Geschenkt bekommen wir sie nicht. Wir können die verfassungsrechtlichen Belange, die gleichzeitig Fragen unserer Gesellschaftsgestaltung sind, so lange treiben lassen, bis eine revolutionäre Lage uns zwingt, Farbe zu bekennen. Vernünftig ist das nicht. Es wird viele Blessuren und auch Tote geben und was dann verfassungsrechtlich dem politischen Dampfkessel entweicht, dürfte nichts Ansehnliches sein, weil dann die zu diesem Zeitpunkt starken Gruppen sich ihre Interessen in der so entstehenden Verfassung als die allgemeinen bescheinigen lassen. Damit wäre aber Ziel einer neuen befriedende und klaren Verfassung von dem Volk für das Volk verpasst.

Zu unserer Ausgangslage eine Stimme aus der Vergangenheit und heutige Einschätzungen



**Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes,
wir haben den Auftrag von den Alliierten**

Konrad Adenauer

Das Zitat soll von Konrad Adenauer sein.² Ich traue ihm diese realistische Aussage auch zu. Sinngemäß wird sie ja auch in Variationen von anderen Autoren bestätigt und ergibt sich auch aus dem verlorenen Krieg. Und wenn man bedenkt, unter welchen Umständen das Grundgesetz formuliert und beschlossen wurde, ist an ihm als Übergangslösung nicht viel zu kritisieren, wohl aber an seiner beständigen Gültigkeit. Der Parlamentarische Rat, der hat sich doch bewusst nicht Verfassungskonvent benannt und das zu erarbeitende Gesetzeswerk nicht Verfassung, sondern Grundgesetz. Wenn er geahnt hätte, wie lange das Provisorium dauern würde, hätte er dem Artikel 146 GG vermutlich eine feste Geltungsdauer eingefügt, obwohl dieser Artikel auch so eindeutig ist. Ich schätze jedenfalls die Mitglieder des Parlamentarischen Rates so ein, dass der ihnen bewusste Mangel des Grundgesetzes an Legitimität bald behoben werden sollte. Dass sie also ein besseres Demokratieverständnis hatten, als jene Deutschen, die ihre Mitbürger aus fragwürdigen Motiven um ihr Recht als Verfassungsgeber betrogen haben.

00000

72 Jahre Grundgesetz - Harbarth nennt Verfassung "Leuchtturm der Demokratie und Freiheit"

Stephan Harbarth (CDU), Präsident des Bundesverfassungsgerichts, bezeichnete das Grundgesetz in seiner Rede als eine Verfassung, die unserem Land "die längste Periode der Freiheit und der Demokratie beschieden hat" - dies sei nicht selbstverständlich, sondern ein großes, historisches Glück.

Allerdings, so Harbarth, sei unsere aktuelle Lage eine schwierige, "und das nicht nur im Licht der Corona-Krise". "Der demokratische Staat steht unter Druck", sagte Harbarth und erläuterte, dass in jüngster Zeit immer häufiger Andersdenkende zu Feinden würden. Deshalb sei es besonders wichtig, unser Grundgesetz zu erklären. Dabei bezeichnete der Verfassungsgerichtspräsident das Grundgesetz als "Leuchtturm der Demokratie und Freiheit".

...

Das Grundgesetz wurde vor 72 Jahren, am 23. Mai 1949, erlassen und trat einen Tag später in Kraft. Daran mitgewirkt hatte auch der Tübinger SPD-Politiker Carlo Schmid. Der Gesetzestext ist geprägt von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. In den vergangenen Jahren wurde es immer wieder bearbeitet und geändert. Seit Beginn der Pandemie erfährt es nun wieder besonders viel Aufmerksamkeit.³

Wenn „Stephan Harbarth (CDU), Präsident des Bundesverfassungsgerichts“ das Grundgesetz als „Leuchtturm der Demokratie und Freiheit“ zu bezeichnet dann ist das wohl eine

² Ich habe das Zitat in Gabor Steingarts Morning Briefing vom 31. 3. 2021 gelesen. Nach einer anderen Quelle hat er sich hier selbst aus seinem Buch "Deutschland - Abstieg eines Superstars" S. 154, zitiert.

³ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/bundesverfassungsgerichts-praesident-haelt-rede-zum-grundgesetz-in-tuebingen-bebenhausen-100.html#:~:text=Das%20Grundgesetz%20wurde%20vor%2072,einen%20Tag%20sp%C3%A4ter%20in%20Kraft.>

Aussage, zu der er sich als Amtsinhaber verpflichtet fühlt. Ich billige ihm bessere Einsichten zu. Schon dass sein Name im Zusammenhang mit der CDU genannt wird, weist darauf hin, dass er nicht unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung in sein Amt gekommen ist, sondern seine Ernennung Ausdruck der Parteienherrschaft ist.

Die Freiheit wurde bei uns auf die Narren- und Konsumfreiheit reduziert. Wobei die Konsumfreiheit eine der Melkkühe ist, mit denen die Regierung und das Parlament sich ihre Spendierhosen füllen. Das bedeutet, dass auch die Konsumfreiheit hier eingeschränkt wurde.

Auch hat sich gezeigt, dass das Grundgesetz, das den Rahmen der Rechte der Regierung und des Bundestages abgeben soll, von denen, die sich daran halten sollen x-mal selber geändert wurde. Wenn man die Ernennung der Verfassungsrichter und die Wahl der anderen Richter mit einbezieht, ist nicht viel von der Gewaltenteilung als eine Voraussetzung der Demokratie übrig geblieben.

Auch ist von einem klaren föderativen Aufbau der Bundesrepublik nicht viel übrig geblieben oder erst gar nicht richtig entwickelt worden.

Gabor Steingart kritisiert in seinem Morning Briefing vom 31.3. 2021 unseren Föderalismus, ohne wirklich zu dem sichtbaren Problemen vorzudringen. Ich erwähne das hier wegen des nachfolgenden Zitates:

Man wollte und bekam den **schwachen** Staat, dessen **Zentralgewalt** nur in **Abhängigkeit** von den **Ländern** regiert werden kann. Es war SPD-Chef **Kurt Schumacher**, der in Erwartung seines eigenen **Wahlsieges** bei der ersten **Bundestagswahl** die Vorgaben der **Alliierten** nicht **akzeptieren** wollte: „Die Erhebung des Begriffs Föderalismus zu einem Fetisch mit prähistorischem Inhalt ist ein kostspieliger Luxus“, kritisierte er damals.

Was Kurt Schumacher mit kostspieligem Luxus zum Ausdruck bringt, ist eigentlich nur sein – und der SPD bis heutiges – Verharren im Zentralismus, der vom Marxismus abgeleitet nie die Funktionsweise von dezentralen Ordnungen verstanden hat. Die Idee des Sozialdemokratismus hat sich ja erfolgreich auf alle Parteien ausgebreitet. Der Föderalismus wird nur so weit akzeptiert, wie er jeweils der Parteienmacht nützt. Auch von dieser Seite wird die Freiheit der gesellschaftlich Gliederungen und der sie tragenden Individuen ständig sabotiert. Ich betone, ich kritisiere hier keine Personen, sondern eine politische Leitidee, die uns nicht weiterbringt.

Aber Harbarth sagt auch: > *"Der demokratische Staat steht unter Druck", sagte Harbarth und erläuterte, dass in jüngster Zeit immer häufiger Andersdenkende zu Feinden würden. Deshalb sei es besonders wichtig, unser Grundgesetz zu erklären.* <

Er erkennt auch das Gären in unserer Gesellschaft. Es kann aber nicht beim Erklären bleiben. Das Grundgesetz ist nicht für unsere Zeit gemacht. Das sieht man schon daran, dass wesentliche Grundrechte einfach in der jetzigen Corona-Pandemie mit Verordnungen der Exekutive außer Kraft gesetzt werden konnten.

ooooo

Unser Grundgesetz

23. Mai 1949: Verfassungstag – das Grundgesetz hat Geburtstag!

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz im Rahmen einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates ausgefertigt und verkündet. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik und zwölf Jahren nationalsozialistischer Terrorherrschaft hatten sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes zum Ziel gesetzt, der neuen Bundesrepublik eine Verfassung zu geben, deren Dreh- und Angelpunkt die Würde jedes Einzelnen ist. Ganz bewusst haben sie mit Art. 1 den wohl wichtigsten Satz des Grundgesetzes an den Anfang gestellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie schufen damit unmittelbar geltendes Recht für alle staatliche Gewalt.

Zunächst war das Grundgesetz als Provisorium gedacht und wurde deshalb bewusst nicht Verfassung genannt. Erst nach einer Wiedervereinigung sollte eine gesamtdeutsche Verfassung folgen. Die dem Grundgesetz ursprünglich vorangestellte Präambel brachte dies deutlich zum Ausdruck. Mit dem Beitritt der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR am 3. Oktober 1990 wurde das Grundgesetz zur Verfassung des gesamten Volkes. Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist das Grundgesetz nunmehr die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. Es wurde vielfach geändert und angepasst, aber es hat sich bewährt und der Bundesrepublik Deutschland geholfen, zu einer stabilen Demokratie in der Mitte Europas zu werden.

<https://www.lpb-bw.de/verfassungstag-23mai>

Auf den ersten Blick fand ich die Erläuterung ganz passabel, bei dem zweiten Durchgang muss ich doch auf ein Problem und einen Knick in der Darstellung hinweisen:

Der Hinweis und der nachfolgende Satz ist ja richtig, aber was folgt darauf? ⁴

> ...mit Art. 1 den wohl wichtigsten Satz des Grundgesetzes an den Anfang gestellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie schufen damit unmittelbar geltendes Recht für alle staatliche Gewalt.< In einer großen Umfrage, ob man den Artikel 1 GG, Satz 1 für richtig hielte, würde sicher eine große Mehrheit ohne zu zögern mit Ja antworten. Wenn man aber nachfragen würde, was denn die Bürger, die mit Ja geantwortet haben, denn unter der Würde des Menschen verstehen, kämen sicher Antworten zutage, die eine Vielfalt von Inhalten ausweisen würden. Für meinen Begriff von Würde des Menschen gehört zum Beispiel, dass Menschen, die gesund und arbeitsfähig sind, in die Lage versetzt werden, dass sie mit dem Einsatz ihrer Fähigkeiten ihren Lebensunterhalt für sich und ihren Familien mit der Erwerbsarbeit, die genügend Zeit für die Familie, Kultur und Sport übrig lässt, selbst verdienen können. Dass also der Staat eine Politik betreibt, die nicht Millionen von Bürgern über lange Zeiträume von der Erwerbsarbeit ausschließt und sie abhängig von staatlicher Wohlfahrt macht. Alle unsere Parteien haben den Artikel 1 GG

⁴ Siehe dazu: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/164.0.Grundgesetz.70.Jahre.Jubel.oder.Trauer.pdf> ab Seite 11

verraten, weil sie nicht willens waren, das vorhandene Wissen für eine Vollbeschäftigung zu prüfen und anzuwenden. Es ist besonders tragisch für die SPD, die nur wiederholt, was sie in der Weimarer Politik praktiziert hat und half, dass Hitler zur Macht kam.

Der Knick in der Darstellung liegt im folgenden Abschnitt:

Erst nach einer Wiedervereinigung sollte eine gesamtdeutsche Verfassung folgen. Die dem Grundgesetz ursprünglich vorangestellte Präambel brachte dies deutlich zum Ausdruck. Mit dem Beitritt der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR am 3. Oktober 1990 wurde das Grundgesetz zur Verfassung des gesamten Volkes.

Eine politische Bildung, die kein Propagandainstrument der Regierenden sein will, darf einen politischen Vorgang, der nach meiner Einsicht ein Verfassungsverrat ist – in jedem Fall ein Verrat des Demokratieprinzips, das da im Artikel 20 (2) lautet „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“- nicht vertuschen.

Es war ja nicht so, dass alle Bürger den Staatsstreich⁵ unter Führung des CDU-Kanzlers Helmut Kohl verschlafen haben. Ein Griff ins Bücherregal brachte gleich folgende Titel dazu in meine Hände. „**In neuer Verfassung** / Auf dem Wege zur Teilnehmergebietdemokratie. Eine Sammlung von Beiträgen und Aufsätzen für die Verfassungsdiskussion in den DDR-Ländern und anderswo ...“ Hrsg. IDEE-Initiative Demokratie Entwickeln e.V., August 1990 // Wolfgang Ullmann „**Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit**“, 1990 // „**mit Deutschland ist kein Staat zu machen**“ von Peter Bock, Okt. 1990 // „**Bürger-Initiative Nachbarschaft, Vorschläge für eine politische Infrastruktur in überschaubaren Bereichen**“, von Friedhelm Kaiser 1984. Es gibt bestimmt Dutzende weitere Titel mit kurzen und langen Texten, mit denen versucht wurde, sich in die Neugestaltung unserer Republik einzubringen. Aber alle Bemühungen wurden ausgebremst durch die westdeutsche Parteienherrschaft, die nicht auf das gesellschaftlich Optimum ausgerichtet war, sondern auf ihren Machterhalt. Auch von freiwirtschaftlicher Seite wurden konstruktive Beiträge für die Zeit nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhanges geliefert. Ich habe dazu auch meinen Kopf angestrengt.

Text 5

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik (44 Seiten, 248 KB)

Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat -
Oktober 1989

Mit Anhängen und Korrespondenz.

Text 6.1

Darauf kommt es an! (108 Seiten, 610 KB)

5 Das war insofern ein Staatsstreich, als die Parteienherrschaft sich auf verfassungsmäßigen Schleichwegen die Macht erhalten haben, die sie auf dem regulären Weg vielleicht verloren hätten.

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*

Mit Anhang und zwei Fortsetzungen.

Genau in dieser Zeit wurde der alte „Feind“ Russland, der gerne ein Freund geworden wäre, auch von Deutschland zum neuen Feind des Westens gezeugt. Auch hier ist die Wirkung der durch die Parteienherrschaft konservierten Denkmuster spürbar.

ooooo

Heute, 5. Juni 2021 wurde von **Michael Bröcker**, Chefredakteur The Pioneer ein Interview mit **Carsten Linnemann**, 43 Jahre alt, CDU-Bundestagsabgeordneter, promovierter Volkswirt und seit 2013 Chef der Mittelstandsunion, angeboten.

Linnemann wird wie folgt zitiert:

„Ich glaube, dass dieses Land nach links gerutscht ist und die Staatsgläubigkeit gestiegen ist. Es ist eine unserer größten Herausforderungen, wie wir die soziale Marktwirtschaft verteidigen.“

Der Sozialstaat, so sieht er es, ist kein fürsorgender mehr, sondern ein übergriffiger:

"Höher, schneller, weiter - das wird in Deutschland so nicht mehr funktionieren."

"Wir werden uns fragen müssen, was wir uns noch leisten können. Wahlkampfgeschenke oder Rentenbonbons, mit denen wir aus taktischen Erwägungen Stimmen bekommen wollen, damit muss Schluss sein."

Eine hervorgehobene Zeile lautet:

„Wir brauchen eine Staatsreform“

Auch die nachfolgende Zeile ist zu lesen:

Sein Angebot in eigener Sache ist nicht nur ein Hinweis an den Kanzlerkandidaten und CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, sondern auch an Friedrich Merz.

Auch eine dazu passende Bildmontage wird geliefert:



Dem Abgeordneten Carsten Linnemann nehme ich sein offenbartes Unbehagen an der derzeitigen Politik (die schon lange dauert) ab. Aber wenn ein inhaltlicher Zusammenhang mit Friedrich Merz besteht, den ich als Mensch gar nicht beurteilen kann, der aber nach den Medien zu urteilen, eine Personifizierung des Kapitalismus ist, dann ist bei Linnemann noch nicht angekommen, was nötig ist, um eine wirkliche Marktwirtschaft anzustreben und sich als Frontmann von Ludwig Erhard zu präsentieren.

Und noch etwas: Mit dem Links-Rechts-Schema kann die Politik nicht mehr erklärt werden, das war bei den Grünen schon Standard vor der Gründung der Partei DIE GRÜNEN als die neuen Freunde, sie in DIE ROTEN umfärben wollten. Ich schätze nicht alle haben sich zurückgezogen oder sind gestorben. Aber sie sind gute Taktiker, deswegen schweigen sie vor der Wahl, um ihre Ernte für die Zeit nach der Wahl nicht zu gefährden. Ich wünsche mir, dass dieser Absatz irrig ist. Aber nicht nur die CDU schleppt Mitglieder mit der Gesinnungsart von Friedrich Merz (der deswegen kein schlechter Mensch ist) als Risikofaktor mit sich herum, sondern die Grünen haben ihre eigene Form davon.

Und: Die Staatsform muss sich aus der Demokratiereform ergeben, nicht umgekehrt. Die Marktwirtschaft ist nicht nur deshalb gescheitert, weil die SPD entdeckt hatte, dass sie in der praktizierten Form zentralistische Zwangskollektive implantieren konnte. Es kam hinzu, dass aus dem Umfeld der CDU, das im Beginn der Existenz der BRD keinen Kapitalismus wollte, das Modell *Soziale Marktwirtschaft* sabotiert wurde, teils, weil sie es nicht verstanden hat, was mit der Sozialen Marktwirtschaft gemeint war und teils, weil sie den Kapitalismus wollte.

Marktwirtschaft und Kapitalismus lässt sich aber nur für eine kurze Zeit nach einem Totalzusammenbruch realisieren, danach wird der Kapitalismus zum Feind der Marktwirtschaft. Das liegt daran, dass der Kapitalstock beim Start nach dem Zusammenbruch noch gering ist und daher auch nur einen geringen Anspruch an dem Ertrag des Wirtschaftens durchsetzen kann. Mit dem Anwachsen des Kapitalstocks gerät die Marktwirtschaft - ein dezentrales System des Leistungsaustausches - immer mehr unter Druck, es verformt sich das Ordnungssystem immer mehr zum Kapitalismus und der ist ein System der ökonomischen Renten, die eben nicht auf ökonomische Leistungen aufbaut, sondern auf das natürliche Monopol Boden (im weitesten Sinne) und auf künstliche Monopole, die im Währungssystem und im Patentrecht angelegt sind. Das Patentrecht wurde ursprünglich entwickelt, um die Leistung des Erfinders zu schützen - was ja ein guter Gedanke ist -, aber es dient heute vor allem dazu, Kapitalrenten zu erzeugen. Kein Mensch erfindet heute etwas ohne das Vorwissen, das ein kollektives Eigentum der Gesellschaft bzw. der Menschheit ist.

Das kann man auch an den tüchtigen BioNTech-Gründern Uğur Şahin und Özlem Türeci demonstrieren. Bei allen positiven Eigenschaften, die sie haben werden, hätten sie ohne Rückgriff auf das kollektive Wissen der Menschheit ihr Medikament nicht entwickeln können. Selbstverständlich müssen die Kosten und ihr eigener Arbeitsertrag aus dem Erlös finanziert werden. Auch muss der finanzielle Anreiz für das Wagnis „Erfindung“ vorhanden bleiben. Und dieser Anreiz für Nachfolger-Erfinder mag in diesem Fall mit einer Million Euro angemessen sein. Er ist es aber nicht mehr, von Milliarden wird gesprochen. Das Medikament wäre wirtschaftlich gesehen wertlos gewesen, wenn die Kosten und Logistik für die Verteilung und Impfung nicht vom Kollektiv der Gesellschaft übernommen worden wären. Der Staat holt sich jeden Euro, den er für die Aktion ausgibt von den Steuerzahlern und hier vor allem von jenen, die sich aus ihrem Arbeitseinkommen ernähren zurück. Die Milliarden Euro, die hier mittels Patentrecht auf das Konto der Erfinder

transferiert werden, kürzen selbst noch die Kaufkraft der Sozialhilfeempfänger. Und das schlimmste an der Sache ist, diese Milliarde(n) begründen dann die weitere (erhöhte) Tributzahlung der Arbeit an das Kapital. Hier liegen gewaltige Denkblockaden vor, auch bei Organisationen, die angeblich sich dem Sozialen verschrieben haben.

Letztlich sind hier Entscheidungen zu treffen zwischen Krieg und Frieden. Und wir müssen darüber entscheiden, ob den ökologischen Belangen eine solide ökonomische Grundlage gegeben werden soll, oder ob wir diese Probleme in einer Ökodiktatur lösen und damit eine Verfassung gleich zum Altpapier machen wollen.

Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ist zusammen mit Ordoliberalen in den Bundestagen des Freiwirtschaftsbundes 1952 / 53 vorbereitet worden. Die Bausteine, die dem Modell Dauer und den sozialen Frieden gebracht hätten, wurden von den Ordoliberalen – bei sonstiger Übereinstimmung – nicht verstanden. Es kam zur Trennung und in den Folgejahrzehnten wurde der Name des künftigen Modells als ihr erreichter Inhalt verkauft. Die FDP und die CDU/CSU haben dann zum Schaden - nicht nur der deutschen Gesellschaft – sich fast erfolgreich bemüht, das freiwirtschaftliche Wissen in unserer Gesellschaft klein zu halten und es aus der offiziellen Wirtschaftswissenschaft herauszuhalten. Erreicht haben sie damit, dass die herrschende Ökonomie-Theorie zu einer die Parteienmacht stützenden Ideologie wurde. Und in diesem Punkt mit der DDR mit ihrem „real existierenden Sozialismus“, der die gleiche Funktion hatte, gleich gezogen.

Und DIE GRÜNEN, deren Vorläufer-Partei die *Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen* von freiwirtschaftlich orientierten Menschen initiiert worden ist, wurde von den marxistischen „Freunden“ ins politische Aus gestellt. Und heute sonnen sich jene in dieser Partei, die nie und nimmer die Mühen der Gründung und Entwicklung mitgetragen haben oder hätten. Es hat den Anschein, als würden Parteien gegründet, um einen wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt zu verhindern.

ooooo

Zwischenbemerkung

Nach dem Einfügen des Bildes von Konrad Adenauer, hatte ich eine Faktensammlung zum Grundgesetz eingefügt. Die nachfolgenden von mir kommentierten Texte haben sie an dieser Stelle überflüssig gemacht. Ich schiebe sie in den Anhang, der Vergleich der alten und neuen Fassung von Artikeln der GG können für mögliche Leser noch von Nutzen sein.

Konrad Adenauer war für mich in jüngeren Jahren, als sich so etwas wie ein politisches Bewusstsein einstellte, kein Anlass zur Bewunderung. Konrad Adenauer gebührt es aber eher auf einen Sockel gestellt zu werden, als Helmut Kohl, der das Glück hatte zu der Zeit Bundeskanzler zu sein, als östlichen Regierungsregime aus innerer Schwäche abanken mussten. Kohl, von dem ich las, dass er in seinem Selbstverständnis der Kanzler der CDU war und nicht der Deutschen allgemein, hat als Anführer den erforderlichen Demokratisierungsprozess der vereinten Deutschen verhindert. Das sollte berücksichtigt werden, wenn eine öffentliche Stiftung zu seinen Ehren eingerichtet werden soll. Wenn die CDU jetzt weiterhin eine Erneuerung der Demokratie in unserer Republik blockiert, dann

wird ihr großer, verblichener Vorsitzender spätestens in der übernächsten Generation genauso vom Sockel gestürzt werden, wie es z. B. Paul von Hindenburg und dem ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich-Wilhelm Kopf geschah.



> Neuer und alter Name des Hannah-Arendt-Platz (ehemals Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz) im April 2016. <

Ich glaube weder, dass mit solchen Umbenennungen den genannten Personen gerecht wird, noch die Vergangenheit richtiger gesehen oder die Gegenwart verbessert wird.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Bundestagspräsidenten
Wolfgang Schäuble:

Es ist ja zu lesen, dass er im Vereinigungsprozess sich unter Nichtbeachtung der Präambel und des Artikels 146 stark gemacht hat für den Beitritt der DDR-Länder nach dem Artikel 23 GG. Ich betrachte das als Beihilfe zum Verfassungsverrat. Aber diesen nur dem jetzigen Bundestagspräsidenten anzulasten, halte ich für ungerecht. Auch bei der heutigen Handhabung der Fraktionsbildung und dem Fraktionszwang, ist jeder Abgeordnete, der das Machtspiel mit gespielt hat, dafür verantwortlich. Ich habe von keinem Abgeordneten gehört, der sein Mandat aus Protest niedergelegt hat.

Wolfgang Schäuble, den ich ja nur aus Nachrichtensendungen kenne, war mir in seiner Funktion als Finanzminister unsympathisch, das war aber wohl nicht auf persönliche Merkmale zurückzuführen, sondern aufgrund von unterschiedlichen Einstellungen zu Sachlagen. Als Bundestagspräsident hat er bei mir Sympathien gewonnen. Ich hoffe, dass er sich bei den Demokratiereformern einfindet. Meine Hoffnung ist begründet, denn beim Bürgerrat ist er schon dabei:



>> ... wir haben es geschafft, es ist vollbracht, **nun liegen die Ergebnisse des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“ beim Bundestag.**

Mit einer öffentlichen Übergabeveranstaltung haben wir die Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerrats an den Bundestagspräsidenten und Schirmherrn Dr. Wolfgang Schäuble sowie an alle Fraktionen übergeben. Jetzt ist die Politik am Zug. <<

Mehr Demokratie
Newsletter vom 19. 3. 2021

Die Linken habe ich in diesem Schreiben noch gar nicht erwähnt. Darin kommt keine Missachtung meinerseits zum Ausdruck, denn sie sind von Wählern gewählt worden, um ihre persönliche Lage oder die Lage der Gesamtgesellschaft zu verbessern. Ich bedauere nur, dass die Mitglieder der Fraktion der Linken sich vorwiegend ⁶ so äußern, als seien sie Vertreter der Sozialämter, die etwas für ihr Klientel herausholen wollen. Das ist aber das Bild von einer Armenpolitik, wie sie sicher aus Dokumenten des Kaiserreiches herausgelesen werden kann. Armutspolitik ist aber ein Armutszeugnis der Politiker. Die Ergänzung *sozial* im Begriff *Soziale Marktwirtschaft* war aber anfangs so gemeint, dass jeder, der arbeitsfähig ist und arbeiten wollte, für seinen ausreichenden Lebensunterhalt ohne Ausbeutung selber sorgen können sollte und genügend vom Einkommen übrig hat, damit er sich in selbstgewählten und zu verantworteten Kollektiven, Genossenschaften oder anderen Formen absichern kann. Es war in der Startzeit der BRD nicht daran gedacht, die notwendige soziale Absicherung mit Zwangskollektiven, die man euphemistisch Solidargemeinschaft nennt, zu erzeugen. Diese Politik ist dann zum Operationsfeld der Sozialpolitiker geworden und hat zur Entmündigung und begrenzt auch zur Ausbeutung der Versicherten geführt. Das besagt nicht, dass für die, die im ökonomischen Sinn nichts leisten können, nicht gesorgt werden muss. Wenn das nach dem Subsidiaritätsprinzip nicht geleistet werden kann, dann auch nach der höchsten staatlichen Ebene, aber nicht so, dass von außen, wo zu den Kosten keine Beiträge geleistet werden, die Neigung von jenen gefördert wird, die auch dort ernten möchten, wo sie nicht gesät haben. (Alte Einsichten, die sich als richtig herausgestellt haben, sollten beachtet werden, egal ob sie von Adam Smith oder Karl Marx stammen.) Ich finde linke Sozialpolitik so fragwürdig, weil sie nicht den freien, mündigen und von Ausbeutung freien Bürger benötigt, sondern den hilfsbedürftigen, unmündigen Bürger, dem man unter die Arme greifen muss um selbst als Funktionär oder Politiker, der hervorragend für alle oder ein bestimmtes Klientel sorgt, glänzen zu können. Der Mangel der Linken aus West und Ost, besteht darin, dass sie immer noch zu viel am Marxismus kleben und damit den Kapitalismus am Leben erhalten. Offensichtlich hat Karl Marx Gründe gehabt, zu sagen, dass er kein Marxist ist.

Wer aber meint, der marxistische Weg sei trotz negativer Ergebnisse gangbar, der sollte das offen sagen, er hat sogar durch das Grundgesetz mit abgelaufenen Verfallsdatum den nötigen Schutz dazu. Die Marxisten sollten mit offenem Visier kämpfen, dann würden sie mehr geachtet und respektiert.

Die Alternative für Deutschland (Kurzbezeichnung: AfD) gibt es auch und ich habe sie noch nicht erwähnt. Ich habe keinen Kontakt zu ihr, halte die manchmal hysterischen Auslassung zu ihr aber verfehlt. Die AfD würde nicht so stark im Bundestag und in den Landtagen vertreten sein, wenn es nicht dem Bedürfnis von Wählern entspräche. Anstatt die AfD zu verteufeln sollten die anderen Parteien darüber nachdenken, was sie falsch gemacht oder nicht berücksichtigt haben. Wer nur die AfD beschimpft, beschimpft auch

⁶ Ich muss einschränkend sagen, dass ich sie so beurteile, wie ich sie in den Medien wahrnehme.

ihre Wähler. Wer aber Wähler beschimpft kann sie nicht für sich gewinnen. Die AfD mit der Verfassungsschutzorganisation zu bekämpfen, ist doch ein merkwürdiges Verfahren, wenn man bedenkt, dass ja wenigstens der Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit für alle Parteien besteht, ja selbst für die Verfassungsorgane besteht.

Soweit der Erfolg der AfD in der Verneinung der Flüchtlingspolitik der anderen Parteien gründet, ist zu sagen, es ist keine antidemokratische Haltung gegen die Öffnung der Grenzen zu sein. Die Demokratie ist eben eine Regierungsform, wo entgegengesetzte Vorstellungen aufeinander prallen können. Welche Position jeweils humaner ist, stellt sich oft erst später heraus. Mir scheint nur, dass die Argumente der Politiker, die sich als die Guten verstehen, ethisch gesehen nicht besser sind als die der AfD. Besonders dann nicht, wenn vorher nicht plausibel erklärt wird, warum sie vorher das Los der Menschen, die zu uns wollen, nicht erleichtert haben und nicht offen sagen, wem sie die Kosten für die Zugezogenen aufladen wollen.

In der Badischen Zeitung vom 2. Juni lese ich unter dem Titel „Links, rechts und der Sturz der Parität / Der Schriftstellerin Monika Maron zum Achtzigsten“:

Überanstrengung ist der springende Punkt. Hier können sich die Positionen links, rechts verschieben und zum Sturz der Parität führen. Die moralische Aufladung steigt, als die Willkommenskultur ohne Folgenabwägung ihre Wirkung entfaltet. Maron lässt den Widerspruch nicht unge sagt, dass „dieser Kontinent nur um den Preis seines Untergangs alle aufnehmen könnte und nur um den Preis seines politisch-moralischen Selbstverständnisses abweisen“.

In dieses Dilemma mit den Flüchtlingen hat uns nicht die AfD gebracht, sondern alle anderen Parteien, die ihren selbst gestellten Aufgaben nicht gerecht werden. Die Situation war für mich schon Anfang der achtziger Jahre sichtbar, als die grüne Partei gegründet wurde, und die neuen linken Freunde darauf aus waren, aus der grünen verdeckt eben eine rote Partei zu machen. Da hatte man natürlich für so'n Kinderkram, wie die Bedrängnisse der Flüchtlinge und Hungernden keine Zeit.

Die Überwindung der Parteienherrschaft

Heute am 7. Juni 2021 in Gundelfingen berichtet Die Badische Zeitung von dem Zuwachs der CDU und dem Verlust der AfD in der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Mich interessierte die Wahlbeteiligung und der Block der vom Wahlsystem verschmähten Wähler. Ich habe dazu in der benannten Ausgabe keine Angaben gefunden. Erst die Netzausgabe der Frankfurter Rundschau mit dem Bericht von 9. 47 Uhr lieferte mir die Zahlen: Die Wahlbeteiligung betrug 60,3 % der Wahlberechtigten. Und der Block „Sons-tige“ erreichte mit einem Zugewinn von 1,4 % 10,3% und erreichte damit fast soviel wie die Linke mit 11%, die 5,3% verloren hat.

Aus dem Ergebnis kann man schließen, dass bei Ausschluss der AfD jegliche Parlamentsmehrheit, die eine Regierung in das Amt hebt, bezogen auf die Wahlberechtigten eine Minderheitsregierung bleibt. Und ich halte es für unrealistisch die 39,7 % der Nichtwähler alle als gegenüber den öffentlichen Anliegen zu bequeme oder gleichgültige Bürger einzustufen. Meine eigene Einschätzung ist, dass ein großer Teil des Nichtwählerblocks einfach von dem enttäuscht sind, was ihnen als „Demokratie“ geboten wird. Ich selber als

einer der Gründer der kurzlebigen Liberal Sozialen Partei, als ehemaliges Mitglied der FDP und Mitbegründer der Partei DIE GRÜNEN habe den Gang zur Wahlurne als nicht mehr vertretbar gehalten.⁷ Auf die Schnelle fand ich die nachfolgende Aussage:

Auf einen Blick: Was denken Nichtwählerinnen und Nichtwähler? Dieser Frage geht das Gutachten anhand der Daten der [FES-Mitte-Studie von 2016](https://www.fes.de/analyse-zu-nichtwaehlerinnen-und-nichtwaehlern) nach. Es zeigen sich dabei deutliche Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen mit einer erhöhten Neigung zum rechtspopulistischen Denken bei den Nichtwähler_innen.
<https://www.fes.de/analyse-zu-nichtwaehlerinnen-und-nichtwaehlern>

Ich halte diese Aussage - in dieser Kurzform – nicht präzise genug. Schon deshalb nicht, weil hier unterstellt wird, dass die Aussage „Neigung zum rechtspopulistischen Denken“ eindeutig ist. Bedenkt man aber, dass die politisch linken Sprachmuster keine Begriffe zur Verfügung stellt um das Unbehagen an der politischen Entwicklung unserer Gesellschaft – außer faschistisch, faschistoid oder antifaschistisch – zur Verfügung stellt und es auch keine politisch neutralen Begriffe gibt, mit dem Bürger ihr Unbehagen ausdrücken können, dann ist es kein Wunder, dass die Erheber der Daten und Entwickler der in den Fragebögen gewerteten Begriffe eine Tendenz nach rechts sehen. Dies gilt besonders dann, wenn die Verantwortlichen für die Befragung sich selber als links oder linksliberal einsortieren. Aber ganz egal, wie die Erhebungsdaten zustande kommen, die Nichtwähler-Quote ist eine Abwahl der Demokratie in der Form wie wir sie praktizieren.

Nun zu dem Block der Wähler, die unter *Sonstige* fallen. Hier werden Wähler im Umfang der drittstärksten Fraktion, die sich noch nicht vom System abgekoppelt haben, aber unzufrieden mit dem sind, was das übliche Parteienangebot bieten, als nicht existent erklärt. Es ist auch eine nachrichtliche Schludrigkeit, dass in der Wahlberichterstattung, die Gruppen nicht benannt werden, die sich zur Wahl gestellt haben. Es ist so, als würden Zuwanderer in einer Stadt oder einem Land nicht erwähnt, wenn sie nicht einen Bevölkerungsanteil von 5% erreichen.

Die Sperrklausel für den Bundestag ist – seit dem 8. Juli 1953 – durch § 6 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes geregelt. Demnach muss eine Partei bundesweit mindestens fünf Prozent der Stimmen erhalten, um in den Bundestag einzuziehen.

Diese Sperrklausel betrügt einen erheblichen Teil der Bundesbürger um ihr Wahlrecht und ist die erste Verfälschung des Grundgesetzes und stellt im demokratischen Sinne eine Anmaßung des Gesetzgebers dar, weil er sich in die Rolle des Verfassungsgebers begab, die ihm nicht zusteht. Der Artikel 21 (1) des GG lautet:

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

Hier ist neben dem Verstoß gegen den Inhalt dieses Artikels, der keine 5% Klausel benennt einen noch größerer Verstoß gegen den Inhalts Art. 21 (1) festzustellen. Es ist

⁷ Siehe: „Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt!“

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Gruene%20Ergaenzungen.pdf>

schlicht eine Anmaßung der Parteien – sofern sie die 5%-Hürde genommen haben, ein Monopol auf die politische Willensbildung zu haben. Der Artikel billigt ihnen aber nur ein Mitwirkungsrecht zu.

Ende 2019 waren - trotz des Hinzukommens der AfD - nur noch 1,7 Prozent der beitragsberechtigten Bevölkerung in einer der sieben Bundestagsparteien Mitglied.⁸

Das heißt dann aber auch, das sich eine Mini-Minderheit die politische Willensbildung angeeignet hat. Diese Anmaßung steigert sich noch, wenn die Parteien auch noch mitbestimmen wollen, welche Fraktionen die Abgeordneten ihrer Parteien – die nach dem Gesetz und der Idee unabhängige Vertreter des gesamten Volkes sein sollen – für die Regierungsbildung eingehen dürfen.

Im gleichen Atemzug muss man dann auch noch die Verfälschung des Artikels 20. (2) ansprechen. Dieser Teil lautet:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Bisher hat sich der Bundestag aus parteitaktischen Gründen aber gesperrt die Ablaufbedingungen für die Abstimmungen – wie sie z. B. von dem Verein Mehr Demokratie vorgeschlagen werden zu realisieren. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wird diese Verfassungsnorm missachtet. (nachfolgen ein Hinweis auf eine Möglichkeit der Ausgestaltung.)

Bundesweite Volksabstimmung

Die dreistufige Volksgesetzgebung gibt Bürger/innen das Recht, selbst Gesetzesinitiativen zu starten und bei genügend Unterschriften einen bundesweiten und verbindlichen Volksentscheid dazu herbeizuführen. ...⁹

Weiter ist zu bedenken, dass die Wahl der Bundesregierung durch den Bundestag praktisch die Aufhebung des wichtigsten Prinzips der Demokratie, nämlich des der Gewaltenteilung, ist, und praktisch zu einer Entmündigung der Legislative bewirkt, weil die Mehrheitsfraktion praktisch dadurch gebunden ist, weil sie sich nicht weit von dem entfernen kann, was die Regierung für richtig hält. Die Opposition ist auf der anderen Seite gezwungen sich mehr oder weniger mit der Rolle eines demokratischen Dekorateurs zu begnügen.

Eine Sabotage der Vorstellung, dass die Abgeordneten dem ganzen Volk verpflichtet sind, ist auch die Bildung von Fraktionen, die im Grundgesetz gar nicht vorgesehen waren und später in dem eingefügten Artikel 53 a nur erwähnt, aber nicht begründet werden.

Juni 1968, mit dem die Regelungen für den Verteidigungsfall ins Grundgesetz eingefügt wurden. Art. 53a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: (1) Der Gemeinsame Ausschuss besteht zu zwei

8 <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138674/rekrutierungsfahigkeit>

9 <https://www.mehr-demokratie.de/themen/volksabstimmungen/bundesweite-volksabstimmung/>

Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates. (Google-Suche)

Auch hier zeigt sich, dass man einer Institution, die im Rahmen einer Satzung wirken soll, nicht das Recht überlassen kann, die Satzung nach eigenen Bedürfnissen zu ändern. Die Kompetenz zur Satzungsgebung liegt in der Demokratie beim Volk, das bescheinigt doch das Grundgesetz selbst. Wenn es anders wäre, wäre der Begriff Demokratie eine leere Worthülse. Die ganze heutige Selektion der Abgeordneten, die nur eine Chance für eine Wiederwahl haben, wenn sie sich dem Fraktionszwang unterwerfen, ist eine Missachtung des Artikels 38 GG.

38 GG lautet seit seiner letzten Änderung vom 31. Juli 1970 wie folgt: (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.¹⁰

Dass ein Parlament, um die Tiefe seiner Aufgaben überhaupt erfüllen zu können, sich in Ausschüsse gliedern muss, ist selbstverständlich. Dass aber eine Gliederung nach Parteizugehörigkeit erfolgt, ist widersinnig – wenn man die Fraktionen nicht als Implantierung von Parteienmacht in die Staatsebene für gut hält. Es lassen sich Parteien wohl nach Interessen sortieren, aber nicht nach Erkenntnissen. Nach meiner Einsicht haben die Fraktionen nur die Funktion das Parteienoligopol zu sichern und die 5%-Klausel nur die Funktion, dieses Oligopol nicht durch zu viele Teilhaber verwässern zu lassen. Der Hinweis auf Verhältnisse in der Weimarer Republik zieht nicht, weil dort die Parteien noch strikter auf Interessen von Teilen der Gesellschaft ausgerichtet waren und diese nicht annähernd durch die betriebene Wirtschafts- und Währungspolitik befriedigt werden konnten. So, dass sich immer mehr Bürger – deren Interessen noch weniger berücksichtigt wurden – gezwungen sahen eine neue Partei für die eigenen Interessen zu gründen. Karl Walker, der das erlebt hat, hat die Wirkungen in seinem Taschenbuch „**Demokratie und Menschenrechte**“ 1947 sehr gut beschrieben. Ich habe den Text eingescannt und unter der Textziffer 172.4 in diese Textreihe eingestellt.

Ich verstehe mich hier ja nicht als Verfassungsreformer, sondern ich habe nur versucht zu begründen, warum wir eine neue Verfassung benötigen. Und wer das ganze Grundgesetz Artikel für Artikel durchgeht, wird manches entdecken, was nicht mehr klar ist oder geändert werden müsste. Aber eins ist klar, Ewigkeitsklauseln gehören nicht in eine Verfassung, denn sie heben das demokratische Recht der nachfolgenden Generation auf oder beschränken es. Oder ein Recht, das nicht geändert werden darf begründet nach Jefferson das Recht der Toten über die Lebenden.¹¹

Nur die Idee der Demokratie ist unsterblich. Sie existiert auch, wenn ihre Rechtsträger in einer Diktatur leben, weil sie nicht aufgepasst haben oder weil sie die Vorstellung entwickelt hatten, in einem autoritären Staat ließe es sich mit weniger Anstrengungen leben. Ewig wird auch die Suche nach der optimalen Verfassung sein. Ein Verfassungsfeind kann daher logischerweise nicht jemand sein, wer eine andere Verfassung will – und sei

¹⁰ Was da 1970 geändert worden sein soll, konnte ich nicht feststellen. Nach meiner Übersicht ist der gleichlautende Text wie in der Ausgabe von 1958.

¹¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/gastbeitrag-die-macht-der-toten-ueber-die-lebenden-1756106.html>
<https://www.repetico.de/card-63609919>

es in der Form der Monarchie, sondern nur der oder die, die die geltende Verfassung nicht beachten. Und ich fürchte, dass der Verfassungsschutz – wenn er wirklich einer wäre – seine Marschrichtung ändern müsste. Aber ein Hund beißt doch nicht die Hand, die ihn füttert.

So wie das NS-Regime und das, was man je nach politischem Standort SED-Regime oder DDR-Staatsform nennen kann, eine Partei-Herrschafts-Ebene zwischen Gesellschaft und Staat eingefügt hatte, so haben wir es bei uns ähnlich gemacht, obwohl es gar nicht so geplant war.

Ich habe mit diesem und anderen Texten versucht, klarzumachen, dass wir dringend die Parteienherrschaft überwinden müssen, damit ist aber nicht gemeint, dass wir auf den Wettbewerb um die politische Gestaltung unserer Gesellschaft und unseres Staates verzichten sollten oder können. Wir müssen den Wettbewerb nur verfeinern und die Oligopole der Willensbildung überwinden. Das heißt nun aber nicht, dass jeder Bürger für sich alleine kämpfen muss, sondern wenn er sich mit anderen Bürgern zusammenschließt, dann muss er das ohne Privilegien tun. Das heißt im einzelnen, dass die staatliche Parteienfinanzierung aufhören muss oder wenn man glaubt ¹², auf sie nicht verzichten zu können, dann in der Form, dass jeder Steuerzahler jedes Jahr einen bestimmten Betrag an eine Gruppe seiner Wahl, die politische Willensbildung betreibt, aber keine Partei zu sein braucht, zur Förderung ihrer Arbeit überträgt.

Auch das Wahlrecht muss geändert werden, denn wenn das Quasimonopol der Parteien bleibt, dass sie bestimmen in welcher Reihenfolge die Kandidaten in die Parlamente gewählt werden, dann sind die Bemühungen in der Richtung, wie ich sie beschrieben habe, wirkungslos.

Die Lösung könnte so aussehen, dass zur Bundestagswahl Landeslisten ohne Parteienblöcke gebildet werden. Auf die alle sich eintragen lassen können, die sich ernsthaft an der Wahl beteiligen wollen. Die Bewerber können sich auf einer gesonderten Internetseite mit ihrem Hintergrund und Anliegen vorstellen. Jedes Bundesland erhält eine Quote der Abgeordnetenplätze. Jeder Wähler erhält zum Beispiel 5 oder 10 Stimmen, mit denen er einzelne Bewerber aussuchen kann. Nach der Wahl werden die Abgeordnetenplätze nach der Rangfolge der meisten Stimmen vergeben. Für die Folge der Eintragung auf der Liste gibt es verschiedene Modelle. Die Lostrommel wäre eine Möglichkeit, für Suche der Wähler nach bestimmten Namen wäre die alphabetische Reihenfolge günstiger. Es sollte aber die Blockbildung von bestimmten Gruppen vermieden werden, durch die die Bewerber gefördert wurden. Mit der Annahme der Wahl durch die einzelnen Wahlsieger, müssen sie auf Distanz zu den Gruppen gehen, die ihre Wahl gefördert haben: Austritt oder ruhende Mitgliedschaft. Die Fördergruppen bekommen keinerlei Mitspracherecht in den Parlamenten. Die Fördergruppen können sich aber in offizielle Lobbyregister eintragen lassen.

Die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler wird direkt gewählt, erhält kein Initiativrecht für die Gesetzgebung und muss sich ihre Minister, die keine Mitglieder eines Parlamentes sein dürfen, vom Bundestag bestätigen lassen. Bei einem erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum gegen die Kanzlerin oder den Kanzler darf die Kandidatin oder der Kandidat kein Mitglied des Bundestages sein. (Nicht vergessen, ich maße mir hier keine Kompetenz zur Verfassungsgebung an. Ich formuliere nur, was aus meiner Sicht

¹² Was irrig ist, da sie ja doch von den Bürgern via Steuern vorgenommen werden müsste. Und warum sollen diese etwas finanzieren, was sie für falsch halten.

für eine neue Verfassung und einen Neustart erforderlich wäre.)

Die neue Rolle des Präsidenten sehe ich dabei so: Er wird direkt von allen Wählern in sein Amt gehoben. Er ist dann nicht nur Repräsentant der Republik, sondern gleichzeitig Vorsitzender eines zu bildenden Verfassungsrates, deren Mitglieder die Gesamtgesellschaft widerspiegeln sollen, aber eine sinnvolle Arbeitsgröße nicht überschreiten darf. Die Aufgaben des Verfassungsrates wären:

a) die Überprüfung von jedem neuen Gesetz, bevor der Präsident seine Unterschrift darunter setzt, ob die Verfassungsmäßigkeit gegeben ist; ob es textlich so verfasst ist, das es von Bürgern mit durchschnittlicher Intelligenz ohne Belehrung von einem spezialisierten Juristen verstanden werden kann; ob es mit einem schon bestehenden Gesetz kollidiert oder dessen Inhalt verformt. (Eine letzte Prüfung durch das Verfassungsgericht bleibt nicht ausgeschlossen.

b) die Steuerung des Verfahrens von Grundgesetzänderungen, die eine Angelegenheit des ganzen Volkes sind.

c) die Steuerung der Durchführung von Volksentscheiden.

d) die alle 25 Jahre stattfindende Revision der Verfassung durch das Volk. Bestätigung oder Neuformulierung, damit das Recht auf die Verfassungsgebung bei den Lebenden bleibt und nicht bei den Toten landet.

e) die Wahl und Berufung wenigstens des Bundesverfassungsgerichtes und der obersten Gerichte.

f) die Bemessung und Bewilligung der Diäten und Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Bundestages (Ausschluss der Abstimmungen in eigener Sache.)

Das alles nützt aber nichts, wenn nicht die Entmündigung der Bürger durch die Entwicklung des omnipotenten Staates gestoppt wird. Wir brauchen uns um den Bürger und die Demokratie keine Gedanken mehr machen, wenn er zum Wohlfahrtsempfänger ohne haftende Gestaltungsfreiheit degeneriert.

Am 5. Juni 2021 veröffentlichte die Badische Zeitung unter dem Titel „Ohne Diversität fällt vieles an Erfahrungen weg“ einen Gastbeitrag von Hannah Bast über die Frage, „warum es für ein System nicht gut ist, wenn nur die Regeln einer einzigen Gruppe gelten“. Ich gebe nachfolgend das Fazit und die Vorstellung der Autorin wieder und mache dann meine Anmerkung:

Fazit: Diversität ist zurecht eines der großen Themen unserer Zeit. Sie birgt großes Potenzial für die Lösung vieler tief verwurzelter Probleme. Aber sie passiert nicht von selbst, ist unbequem und oft wird es erstmal unangenehm und eine Zeitlang vielleicht sogar schlechter. Das alles darf kein Hinderungsgrund sein.

Hannah Bast ist Professorin im Fach Informatik an der Universität Freiburg. Sie war Dekanin der Technischen Fakultät und Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Künstliche Intelligenz.

Die Aussage von Hannah Bast stimmt auch mit der Aussage von dem verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka überein, wenn er formulierte, dass die Bedingungen für den wirklichen Aufstieg die Vielfalt und die Gemächlichkeit sind. Die Aussage stimmt weiterhin mit dem verstorbenen Professor für Rechtsphilosophie überein, als er seine Gedanken von der gleichen Freiheit (für alle) formulierte. Sie stimmt überein mit den Ordoliberalen (einschließlich Ludwig Erhard), weil sie in den Kartellen und der Kapitalkonzentration die für das System der Marktwirtschaft notwendige Vielfalt gefährdet sahen. Es stimmt auch mit den ökologischen Bestrebungen überein, die sich gegen das Problem der Monokulturen richten.

Solche Beschreibungen von Bedingungen des gesellschaftlichen Fortschritts dürfen aber nicht mit einer gewaltsamen Vermischung von allem, was sich mischen lässt, verwechselt werden. Das kann nur wieder in einem Einheitsbrei enden. Gemeint ist, jede Einheit braucht ihren Raum und ihre Zeit sich zu entwickeln um sich in die größere höhere Einheit mit seiner Besonderheit einbringen zu können. Wenn wir eine wirklich freie und demokratische Grundordnung haben wollen, dann muss das auch in der Verfassung für die Ökonomie, für den Sozialbereich und vor allem auch für die Bildung zum Ausdruck kommen.

Ich bin am Ende meiner Mission angekommen. Ich habe sie aus eigenem Antrieb ohne Anbindung an eine Organisation oder Religion angenommen. Ich werde noch ein paar Links zu früheren Arbeiten mit Bezug auf die Gesellschaft und Verfassung einfügen, vielleicht wird dann auch ersichtlich, dass ich einen Grund habe, zu sagen, dass ich müde geworden bin.

Zuletzt will ich noch außerhalb des Verfassungsthemas, das nach meiner Einschätzung längere Zeit benötigt, als ich vermutlich noch zu leben habe, auf ein Problem hinweisen, das sich im Rückblick - sagen wir von 50 Jahren - als das größere im Vergleich mit der Corona-Pandemie oder des Flüchtlingsstromes erweisen kann. Ich meine das Währungsproblem, Mutter weiterer Probleme. Mir kam gestern schon die Idee, am Schluss dieses Schreibens darauf hinzuweisen. Eine Erinnerung an dieses Vorhaben war heute (8.6.21) ein Beitrag von Gabor Steingart in seinem Morning Briefing. Steingart hat einer „Diskussion mit **Geldexperten in Frankfurt**“ teilgenommen. „Es ging um die Gefahr einer groß angelegten Geldentwertung.“

Er zitiert aus dem Buch von **Roger Bootle** vom „Ende der Inflation“:

Und so drehte ich am Ende einer Veranstaltung mit **Hedgefonds-Managern** und anderen **Kapitalmarkt-Experten** in Frankfurt den Spieß einfach um: Was denken und was fühlen Sie, wollte ich von ihnen wissen: Ist die Inflation eine **histori-**

sche Erinnerung oder kehrt ihr **Echo** bald schon mit **großem Grollen** zurück? Weil das nun einsetzende Murmeln im Publikum für mich undefinierbar blieb, ließ ich wie in der Schule abstimmen. Das Ergebnis fiel deutlich aus:

- **20 Prozent** der anwesenden **Geldexperten** glaubten, die **Gefahr der Inflation** sei auf absehbare Zeit gebannt. Die Gespenster der Vergangenheit würden nicht wieder auferstehen.
- Aber rund **80 Prozent** der **Großinvestoren** und ihrer angestellten **Fondsmanager** prognostizierten die **Rückkehr** einer für alle spürbaren Geldentwertung. Sie hielten den Terminus vom Ende der Inflation für eine mediale Fiktionalisierung der Wirklichkeit.

Sie sollten **Recht** behalten. Noch haben wir es nicht mit einer **galoppierenden Entwicklung** zu tun. Aber die **Inflation** hat zu traben begonnen. In den USA lag die **Veränderung** gegenüber dem Vorjahresmonat im April bei 4,2 Prozent. In der Bundesrepublik betrug der **Preissprung** im vergangenen Mai gegenüber dem Vorjahresmonat 2,5 Prozent. Beide Zahlen sind noch nicht schockierend, aber in ihrer Tendenz besorgniserregend.

Ich habe das Buch von **Roger Bootle** vom „Ende der Inflation“ nicht gelesen und weiß daher nicht, worauf er seine Aussage aufbaut. Wenn er etwas Substantielles zum Thema geschrieben hat, wäre sein Buch unter den Geldreformen sicher erwähnt worden. Aber „**Großinvestoren** und ihrer angestellten **Fondsmanager**“ als Geldexperten vorzustellen ist fragwürdig. Diese haben sicher eine Nase für die Entwicklungen der Werte von Währungen und Geldanlagen, aber tapsen in Bezug auf die Währungsgrundsätze genauso im theoretischen Nebel wie die Zentralbankakteure. Ich beschäftige mich schon nebenher über ein halbes Jahrhundert mit dem Thema Währungen, verstehe mich aber deshalb nicht als ein Währungsexperte. Ich verstehe mich nur als einer von vielen, die eine Nase entwickelt haben für die Stimmigkeit in Äußerungen über Geld und Währungen. Leider habe ich versäumt englisch zu lernen und kann die Diskussionen, die sich in Englische verlagert haben nicht voll verfolgen. Aber ich kann auch so sagen, das es in der Wirtschaftswissenschaft, in der Zentralbankpraxis und der Währungspolitik auf der Staatsebene keinen klaren Begriff vom Geld und der Währungen gibt. Klar ist nach meiner Einsicht auch, dass die Weimarer Republik an der Unwissenheit der demokratischen Akteure über die Währungszusammenhänge kaputtgegangen ist. Die Hinweise auf völkisches Denken und Antisemitismus sind in der Hauptsache Versuche vom Versagen der Demokraten – besonders wenn sie heute noch unter dem gleichen Namen firmieren – abzulenken.

Und die Bedrohungslage ist für Deutschland und Europa heute genauso gegeben wie zur Weimarer Zeit. Und diese Bedrohung kann nicht gemindert werden

mit einer weiteren militärischen Aufrüstung. Aber wenn ich das sage oder schreibe, glaubt mir das in meinem persönlichen Umfeld auch keiner, denn von der Presse „programmiert“, ist es wichtiger, wer was sagt und nicht, was einer sagt. Und da ich – aus dieser Sicht - niemand bin, kann das, was ich sage auch nicht stimmen. Ich kann nicht einmal auf eine leistungsfähige und kompetente Organisation verweisen, obwohl sich einzelne Bürgerinnen und Bürger bis zur Erschöpfung bemühen, das nötige Wissen zu klären, weiterzugeben und zu bewahren. Für die, die den notwendigen Klärungsprozess unterstützen wollen, gebe ich als Ausgangspunkt das Archiv für Geld und Bodenreform an. Es ist zur Zeit in der Universität in Oldenburg untergebracht. Aber die Finanzierungsmittel reichen nicht einmal, um zur Betreuung eine Halbtagskraft zu bezahlen. Eine Stiftung, die auszutrocknen droht, besteht auch.¹³

<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform.html>

<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform/archiv-geld-und-bodenreform-vorstellung.html>

>>Die **Stiftung** für Reform der **Geld-** und **Bodenordnung** wurde 1973 als "**Stiftung** für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" in Hamburg gegründet. Zur besseren Verdeutlichung ihres Satzungszwecks erhielt sie 1997 ihren jetzigen Namen. Sie ist als gemeinnützig anerkannt und unterliegt der Aufsicht des Hamburger Senats. ...<<

<https://www.stiftung-geld-boden.de/>

Ende Text 172.0



Tristan Jann Ferdinand Abromeit

Bild: Rasmus Abromeit

Anhänge → →

¹³ In weitere Text mit der Vorziffer 172 gibt weiter Hinweise.

Anhang I: Texthinweise

Auf folgende Texte zur Gründung der GRÜNEN, zur Erweiterung des Geltungsbereiches auf die damals noch bestehende DDR und zur Wende in der DDR habe ich schon an anderer Stelle hingewiesen. Ob die nachfolgende Auswahl optimal ist, weiß ich auch nicht. Aber wer interessiert ist, kann ja im Gesamtverzeichnis blättern. Ich füge hier nur solche Texte ein, wo der Titel ein Bezug zur Verfassung hat,

9.0 **Die Verfassungs-Piraten**

Arbeitsmappe für:

- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen

November 1991 (68 Seiten / 1 MB)

9.1 **Die Verfassungs-Piraten**

Anschreiben und Eingangsbestätigungen (13 Seiten / 274 KB)

10.0 **Verfassungsbeschwerde**

über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag

Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)

10.1 **Die Antwort**

und andere Rückmeldungen (15 Seiten / 459 KB)

11.0 **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**

Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*

11.1 **Die Korrespondenz**

18.0

Agenda Niedersachsen 2001 - 1. Teil - Inhaltsübersicht

Der Ministerpräsident - Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsgestalter?
Offener Brief vom *Oktober 1999* für den Ex-Kommilitonen Herrn Gerhard Glogowski (Niedersächsischer Ministerpräsident)
(7 Seiten, 143 KB)

- 19.0  [Agenda Niedersachsen 2001 - zweiter Teil](#) - (10 Seiten, 166 KB)
Offener Brief vom 1. Mai 2001 an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Inhaltsübersicht vom Hauptteil und den Dokumentationen 1-15
-
- 72.0  [Schuldenbremse: Ja oder Nein?](#)
Gedanken zu den Apellen Bofinger, Horn und Mitunterzeichner
31. Mai 2009
(7 Seiten / 142 KB)
- 72.1  [Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder](#)
Prof. Bofinger, Horn und Mitunterzeichner
25.5.09
(4 Seiten / 178 KB)
-
- 162.1  [Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee / Teil I](#)
Die Befreiung eines Begriffs vom Missbrauch durch die politische Propaganda,
taugt er als Bezeichnung einer Ökonomie der Zukunft?
Hinweise auf die Entstehung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
und ihre künftigen Wirkungschancen
von Tristan Abromeit März 2019 (44 + 4 Seiten / 444 KB)
- 162.2  [Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee / Teil II \(Quellenstudium\)](#)
von Tristan Abromeit / Abschluss April 2019 (71 Seiten / 839 KB)
- 162.3  [Die Soziale Marktwirtschaft ... Anhang zum Text 162.2](#)
Die Befreiung eines Begriffs vom Missbrauch durch die politische Propaganda,
Auszüge aus: **Franz Oppenheimer ... von Dieter Haselbach, 1985**
Abschnitte: Bodenreform, Das Modell der „Siedlungsgenossenschaft“,
Zur Einbürgerung Oppenheimers in die „Soziale Marktwirtschaft“
Zitat: **Ludwig Erhard zu Franz Oppenheimer**
Artikel aus der Monatsschrift Geist und Tat vom September 1949
„Europa erleidet eine Niederlage“, von Willi Eichler zur Bundestagswahl 1949 und
„Die Machtmittel der Notenbank“, Diskussion zwischen Hilmar Kalliefe u.
Th. Häbich,
zusammengestellt von Tristan Abromeit, April 2019
(19 + 14 Seiten, zum Teil Bilddateien, 11195 KB)
- 162.4  [Die Soziale Marktwirtschaft ... Ergänzung zu den Texten 162.1 – 162.3](#)
„Macht oder Geist / Die Frage unserer Zeit“ von Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, 1968 / Mitgründer der Aktionsgemeinschaft Soziale

Marktwirtschaft, 1953 (Vorbereitet 1951/52 im Freiwirtschaftsbund).
Verknüpfung seiner Gedanken **mit aktuellen politischen Diskussionen**,
z. B. mit den Zielen des Juso-Vorsitzenden **Kevin Kühnert**,
durch Tristan Abromeit, Mai 2019 (14 + 16 Seiten / 943 KB)

- 163  **Über den Versuch, den Deutschen Bundestag zu informieren**
In meinem Text 160 habe ich erneut die Verfassungstreue
unserer Verfassungsorgane angezweifelt.
In der Textsammlung 163 zeige ich die Schwierigkeiten auf,
wenn ein einfacher Bürger dem Bundestag sein Urteil über die
wichtigste Institution unserer Republik mitteilen will.
Tristan Abromeit / 25. Juli 2019 (Titel + Brief und Anhang je 5 Seiten / 848
KB)
-

- 164  **Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet.
Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?**
Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre
grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
von Professor Dr. Hermann Heußner,
veröffentlicht im **mdmagazin** – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe
2.2019
von Tristan Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019
(115 Seiten / 884 KB)
-

- 166  **Unsere Demokratie ist nur durch eine neue Verfassung
und durch die Überwindung der Parteienherrschaft zu retten!**
Ein Weckruf für die Mitglieder der Legislative, Exekutive und Judikative
ihre eigene Rolle als Demokratie- und Verfassungsfeinde zu überwinden,
gleichzeitig eine Verbeugung vor ihnen für ihren Einsatz für das Gemeinwohl
und die Erinnerung an das Gebot der Feindesliebe.
-

Anhang II: Faktensammlung

Der Artikels 146 GG lautet:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

GG Art. 146 neu:

Dieses **Grundgesetz**, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die **alte Präambel** vom 23. Mai 1949 hatte folgenden Wortlaut:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk. (Soweit laut Netz.)

Der weitere Text der alten Präambel lautet in der gemeinsamen Ausgabe des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung mit einem Vorwort vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege vom Januar 1958 und dem Präsidenten des Niedersächsischen Landtages ...¹⁴ vom Februar 1958 lautet:

... in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, **um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben**, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat für die Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.
Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

GG Art. 146 neu:

Dieses **Grundgesetz**, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Präambel neu:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft

¹⁴ Die Unterschrift kann ich nicht entziffern und den Namen konnte ich mit einem vertretbaren Zeitaufwand im Netz nicht finden.

seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses **Grundgesetz** gegeben.

Die ursprüngliche **Fassung** vom **23.** Mai 1949 lautete: „Dieses **Grundgesetz** gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Die ursprüngliche Fassung vom 23. Mai 1949 lautete:

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Faktisch war aber **West-Berlin** von 1949 bis 1990 ein Bundesland der **Bundesrepublik Deutschland**; von westlicher wie insbesondere von westalliierten und westdeutscher Seite aus wurden stets die „Bindungen **Berlins (West)** an den Bund“ betont.

Einwohner: 2.130.525 (1989)

<https://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin>

Durch das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 wurde das Saarland am 1. Januar 1957 politisch als zehntes Bundesland in die damalige Bundesrepublik Deutschland eingegliedert (sog. kleine Wiedervereinigung).

Helgoland, das offiziell zum deutschen Staatsgebiet zählt.

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/1-Maerz-1952-Helgoland-ist-wieder-deutsch,helgolandrueckgabe101.html>

West-Berlin

Faktisch war aber **West-Berlin** von 1949 bis 1990 ein Bundesland der **Bundesrepublik Deutschland**; von westlicher wie insbesondere von westalliierten und westdeutscher Seite aus wurden stets die „Bindungen **Berlins (West)** an den Bund“ betont.

Einwohner: 2.130.525 (1989)

<https://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin>

Deutsche Verfassung **Berliner** mussten leider draußen bleiben. Einer der weniger gefeierten Verfassungsfeiertage: Am 12. Mai 1949 erklärten die westalliierten Militärgouverneure ihre Zustimmung zum Grundgesetz. Bis zur Wiedervereinigung behielten sie sich jedoch vor allem für **Berlin (West)** Rechte vor. 12.05.2019

<https://www.lto.de/recht/feuilleton/rechtsgeschichte-...>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_23_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland_\(1949\)#Wortlaut_des_Artikels](https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_23_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland_(1949)#Wortlaut_des_Artikels)